

DER ROTE BÖRSENKRACH



Wozu Wachstum?

Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft
Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - Juni 2006

Inhalt

Editorial und Impressum	2
Freiheit auf Märkten	3
Gleichgewichtstheorie ums Verrecken	5
Grenzen des Wachstums	8
Wachstum ist nicht alles	11
President for 8 years	16
Ein KoVo entsteht	18
Quo vadis, Frankreich?	19
Café Schildburg	24
Die Kapitalismuskritik der Zapatisten	25
Macht und Ökonomie	28
Neues vom Institut	30

Liebe Menschen,

Allen KritikerInnen zum Trotz haben wir es geschafft den RBK großzuziehen und wachsen zu lassen, noch bevor die Flügel so richtig teuer werden und der RBK auf irgendeiner verlassenen Insel zum Feuermachen benutzt wird. Was uns zum Thema Technologie und Wachstum bringt. Dieses Thema hat es, durch den letzten RBK angeregt, auf gleich zwei, nicht ganz kompatible, Artikel gebracht.

Und so können wir pünktlich zum Sommerbeginn einen dicken RBK präsentieren, der seine Winterreserven noch nicht aufgebraucht hat. Neben erwähnten Artikeln über Wachstum erzählen wir euch von Hunger, Frankreich, Bush und kritisieren den Kapitalismus aus freiheitstheoretischer, machttheoretischer und zapatistischer Sicht.

Wie bei linken Basisgruppen üblich, bleibt der Service weitgehend auf der Strecke. Trotzdem haben wir eine erste Annäherung an ein KoVo gefunden. Und wo wir schon bei Service sind: Serve yourself and pay as you wish. Café Schildburg 2.0. lädt ein.

Und im übrigen sind wir der Meinung dass das BWZ dem Erdboden gleichgemacht gehört.

Euer
RBK Redaktionsteam

Impressum:
Der RoteMedieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Rabethge, Björn c./o. Studienvertretung Volkswirtschaft,
Alle: Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

AutorInnen:
Michi Greinecker, Cathi Keppel, Julian Kolm, Michi
Kummer, Alex Leodolter, Björn Rabethge, Bernhard
Stummer, Konstantin Wacker



Freiheit auf Märkten

Freiheit ist ohne Zweifel einer der schillerndsten Begriffe der politischen und wissenschaftlichen Diskurse. Im Folgenden soll beleuchtet werden wie es um den Freiheitsbegriff im Sinne von Handlungsfreiheit innerhalb des Kontexts von Märkten bestellt ist. Dabei geht es immer um Freiheit die zwischen Menschen und in der Beziehung dieser aufeinander denk- und verwirklichbar ist. Die Frage ist also nicht, ob die Freiheit zum Mars zu fliegen besteht, sondern wie die einzelne Freiheit angesichts des Handelns anderer Menschen verwirklicht werden kann. Die grundlegende Herausforderung des Freiheitsbegriffs liegt nicht in der Verwirklichung nur einer einzelnen individuellen Freiheit sondern in der Freiheit aller Individuen innerhalb eines gemeinsamen Interaktionsraums.

Ein vorläufig zu bestimmendes Ziel für die Verwirklichung von Freiheit kann also kurz bestimmt werden als die beständige Aufrechterhaltung der individuellen Freiheit innerhalb des gesamten gemeinsamen Interaktionsrahmens einer Gruppe über die Zeit. Da der Interaktionsrahmen einer solchen Gruppe nicht exogen bestimmt ist, muss zur Aufrechterhaltung der individuellen Freiheit auch die Freiheit aller bei der Bestimmung ihres **g e m e i n s a m e n** Interaktionsrahmens gewährt werden. Dass individuelle Freiheit unter-

schiedlicher Personen zu Widersprüchen führt ist bekannt. Die unterschiedlichen, sich widersprechenden Ziele der Mitglieder dieser Gruppe machen die Freiheit der anderen zur Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit. Die Freiheit



aller ist daher die Frage nach einer Verteilung der begrenzten Freiheit zwischen den Mitgliedern der Gruppe und daher eine Frage der Gerechtigkeit.

Die Idee westlicher Demokratien ist in diesem Sinne die Idee einer bestimmten gerechten Verteilung von Freiheit. Diese wird einerseits durch bestimmte Mindeststandards bezüglich der individuellen Freiheit im Sinne liberaler Grundrechte bestimmt

und andererseits in der originär politischen Sphäre, wenn auch nur als formale Gleichheit bezüglich der Freiheit zur der Mitbestimmung. Dieses Rechtssystem soll sicherstellen dass jedes Individuum immer und zu allen Zeiten ein bestimmtes Mindestmaß an Freiheit genießt, sowohl im Sinne unmittelbarer individueller Freiheit, als auch bezüglich der Freiheit an gemeinsamen Entscheidungen

über die Verfasstheit des **g e m e i n s a m e n** Interaktionsraumes gleichberechtigt mitzuwirken. Ein solcher Rechtskatalog kann nur als System wirksam sein zumal ein einzelnes Grundrecht, wie wichtig es auch immer sein mag, völlig wertlos sein kann, wenn in anderer Hinsicht die Freiheit eingeschränkt wird. Ich möchte im Folgenden nun nicht auf das Zusammenspiel der klassischen demokratischen Grundrechte eingehen, sondern mich einer



anderen Sphäre der gesellschaftlichen Interaktion zuwenden: Der Produktion und Akkumulation von Waren und Dienstleistungen.

Der Markt ist zweifelsohne das zentrale System zur Regelung der wirtschaftlichen Aktivitäten einer Gesellschaft. Dies trifft offensichtlich auf solche Wirtschaftsprozesse zu, die unmittelbar auf Märkten stattfinden. Aber auch nicht als Märkte organisierte Produktions- und Verteilungsstrukturen (z.B. Unternehmen) sind in das Marktgeschehen eingebettet und ihre internen Strukturen sind daher notwendiger Weise an die Gesetze des Marktes angepasst. Der Markt erscheint unmittelbar als ein Ort größter allgemeiner Freiheit: Alle TeilnehmerInnen stehen sich gleichberechtigt gegenüber, nichts hindert sie daran, ihre autonomen Entscheidungen umzusetzen bei dem Versuch ihr Glück zu machen. Als Mittel dazu fungiert ausschließlich das Anbieten und Nachfragen von Waren, wozu alle vollständige, uneingeschränkte Freiheit genießen.

Der Handel von Gütern und Dienstleistungen auf Märkten ist eigentlich das Handeln von Verfügungsgewalt über die betreffenden Dinge. Die Waren zirkulieren nicht einfach zwischen den Wirtschaftssubjekten sondern die Macht über die betreffenden Dinge wird erworben. Die Erlangung solcher Macht bedeutet die Ausdehnung der Freiheit des/der jeweiligen Besitzers/in. Der eigene Besitz markiert den Raum weitestgehender Freiheit

des einzelnen. Die Konkurrenz auf Märkten ist nichts anderes als der Kampf des einzelnen um individuelle Freiheit von den anderen. Die Regeln dieses Interaktionsraumes scheinen dabei die allgemeine Freiheit geradezu vorauszusetzen, das Problem der gegenseitigen Einschränkung sich nur bezüglich der Verfügung über Güter zu bestehen.



Die Freiheit des/der Besitzenden ist natürlich zugleich die Einschränkung der Freiheit des/derer, der/die nicht besitzt. Dies gilt aber nicht nur insofern, als der/die Besitzlose eben keine Freiheit der Verfügung über den Besitz des/der anderen hat. Menschen sind zur Aufrechterhaltung ihrer Existenz (und nicht nur ihrer physischen) unmittelbar von Gütern abhängig. Die Macht über solche ist daher gleichzeitig Macht über andere Menschen. Die Freiheit die im Besitz gewonnen wird, bleibt nicht nur Freiheit gegenüber der Freiheit der anderen, sondern wandelt sich zur Freiheit über diese.

Und es wäre naiv zu glauben, dass die Mächtigen sich ihrer Macht nicht bewusst sind oder vor ihrem Einsatz zurückschrecken würden. Damit wandelt sich das am Marktgeschehen zu Beobachtende fundamental. Es sind nicht mehr freie einzelnen es um das Schaffen von Besitz als Ort ihrer Freiheit von den anderen zu tun ist. Viel mehr zeigt sich ein beinhardter Machtkampf aller Beteiligten,

die sich aller ihnen zur Verfügung stehenden Mittel bedienen. Die AnbieterInnen und NachfragerInnen werden so zu Getriebenen die bei ihren Versuchen sich Besitz und die damit verbundene Freiheit zu sichern, viel mehr den Besitz und die Macht der anderen über sich selbst schaffen. Die Strukturen des Interaktionsraumes Markt sind also derartig beschaffen, dass die widerstreitenden Ziele die Handlungsfreiheit der Individuen verunmöglichen. Der Zwang zum Kampf um die eigene Existenz verkehrt die ursprüngliche allgemeine Freiheit in die Unfreiheit aller.



Gleichgewichtstheorie ums Verrecken

Leben und Sterben im Walras-Gleichgewicht

"The hidden hand will always do its work, but it may work by strangulation."
Joan Robinson

Partialanalyse: Die trübsinnige Wissenschaft

Die erste, und wohl bekannteste ökonomische Analyse von Hungersnöten geht auf Thomas Malthus zurück [5]. Die Struktur seines Modells ist recht einfach. Das Bevölkerungswachstum nahm Malthus als exogen gegeben an: "The passion between the sexes has appeared in every age to be so nearly the same, that it may always be considered, in algebraic language as a given quantity." Und als ziemlich hoch: "Population, when unchecked, increases in a geometrical ratio." Nahrungswachstum dagegen verläuft linear und so verhungert das Überangebot an Menschen einfach. Je schneller sich die Menschlein vermehren,

desto größer ist das Problem. Als, die Fleischeslust fürchtender, Geistlicher, bevorzugte Malthus den Schnitter gegenüber der Geburtenkontrolle als "check on population": "Hard as it may appear in individual cases, dependent poverty ought to be held disgraceful." Das ist ein trübsinniges Ergebnis, aber es erlaubt uns Kurven zu zeichnen, was ja letztlich der Kern der Volkswirtschaftslehre ist (siehe Abb. 1).

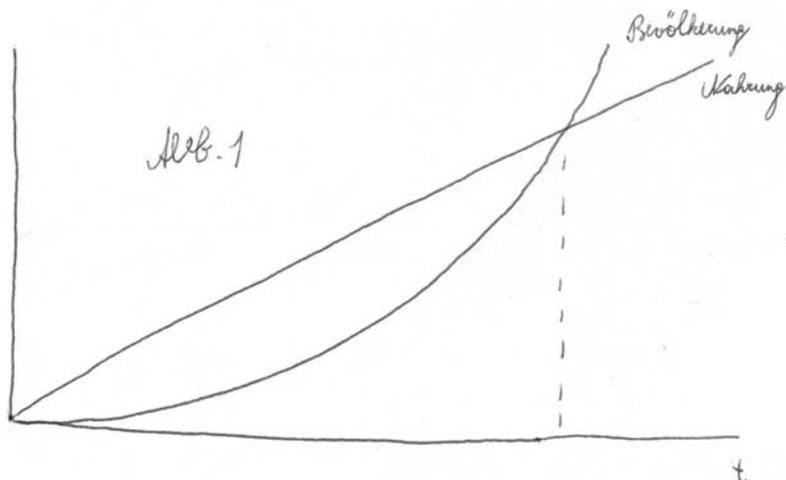
Enter Sen

Das Bevölkerungsgröße und Nahrungsangebot allein über Hunger und Sättigung entscheiden, ist eine Sicht die erst relativ spät in Zweifel gezogen wurde. In der Allgemeinheit ist sie noch immer recht populär, nicht zuletzt weil sie hilft rassistische

Ansichten zu rationalisieren ("Wenn sich die nicht so schnell vermehren würden..."). Amartya Sen war es der schließlich der die Meinung durchsetzte, dass Menschen auch verhungern können wenn ausreichend Nahrung "für alle" vorhanden ist. Sen hat einen abstrakten Zugang eingeführt, der hilft den Diskurs über Hunger neu zu strukturieren. Die Idee (in der jetzigen Form in [8]) ist folgende: Individuen haben eine Anfangsausstattung (endow-



ment) von materiellem und immateriellem Besitz und es gibt eine Funktion (entitlement mapping) die zu jeder Anfangsausstattung die Güter und Dienstleistungen liefert, welche von der Anfangsausstattung ausgehend erworben werden kann (das entitlement set). In einer reinen Marktwirtschaft zum Beispiel beschreibt das endowment mapping was durch Produktion und Tausch aus der Anfangsausstattung gemacht werden kann.





Ein Mensch hungert nun (unfreiwillig) wenn nicht ausreichend Nahrung im entitlement set ist. Das kann sein weil sich die Anfangsausstattung ändert, die Funktion sich ändert oder beides. Wir wollen das Problem im Kontext interagierender Märkte analysieren. Menschen hungern also weil ihre Anfangsausstattung unzureichend ist oder sich Marktpreise so entwickeln dass nicht genug Nahrung gekauft werden kann. Bei dem Versuch das Problem des Verhungerns als Gleichgewichtsmodell aufzustellen, treten ein paar technische Probleme auf.

Technisches Zeug

Das was Menschen in der Gleichgewichtstheorie konsumieren soll üblicherweise in einer so genannten Konsummenge liegen, ein Konzept das Arrow und Debreu 1954 in ihrem Paper über die Existenz von Walras-Gleichgewichten eingeführt haben. "Impossible combinations of commodities, such as the supplying of several types of

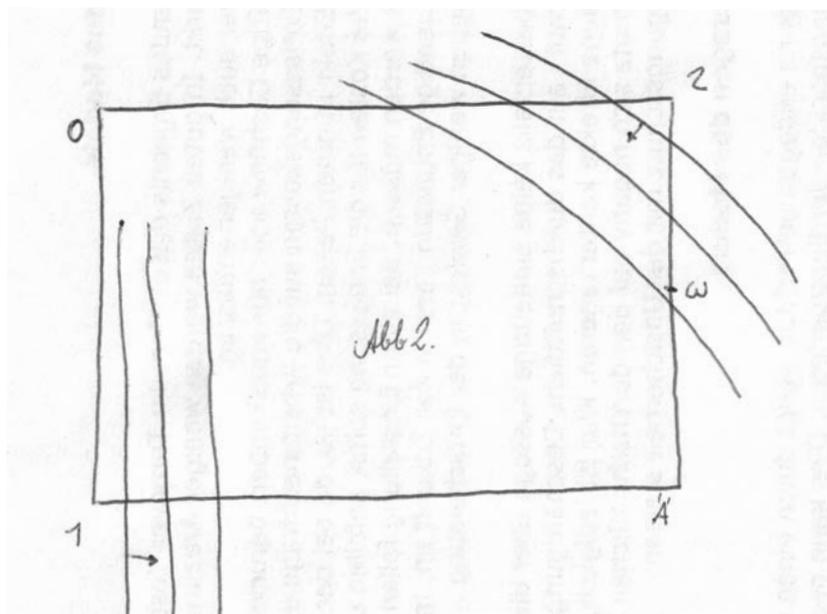
labor to a total amount of more than 24 hours a day or the consumption of a bundle of commodities insufficient to maintain life, are regarded as excluded from [the consumption set]". Was uns dem Thema Tod schon ziemlich nahe bringt.

Zuwenig Anfangsausstattung in der Konsummenge zu haben bringt gewisse Probleme für die Gleichgewichtstheorie. Folgendes Beispiel stammt von David Gale (frei nach [3]): Individuum 1 besitzt Äpfel und Orangen, mag aber nur Äpfel. Individuum 1 würde also gerne Orangen gegen Äpfel tauschen. Individuum 2 dagegen mag sowohl Äpfel als auch Orangen, hat aber nur Orangen (siehe Abb. 2). Bei jedem positiven Preis für Orangen würde Individuum 1 Orangen verkaufen um Äpfel einzukaufen, was aber nicht geht, da Individuum 1 ja schon alle Orangen hat. Ist der Preis

für Orangen jedoch gleich 0, so würde Individuum 2 soviel Orangen wie möglich kaufen, mehr als Individuum 1 liefern



kann. Kein Gleichgewicht. Ein weiteres, erst kürzlich wirklich befriedigend behandeltes Problem (siehe [4]) entsteht dadurch, dass plötzliches Ableben die Ausstattung an Arbeit ändert: Wenn ich heute verrecke kann ich morgen keine Arbeit liefern (naja, bei Studierenden wirkt sich der Tod nicht unbedingt negativ auf die Leistung aus, siehe [7]). Die Anfangsausstattung ist endogen. Damit kommt es zu einer Unstetigkeit im Arbeitsangebot, die die Existenz eines Gleichgewichts gefährden kann. Dieses Problem lässt sich im wesentlichen einfach beheben indem mensch ein Kontinuum





von KonsumentInnen annimmt. Aggregiertes Verhalten ist meistens stetiger als individuelles Verhalten. Die Idee ist recht einfach und dürfte bekannt sein: Einem einzelnen Huhn fällt es deutlich schwieriger den Durchschnitt von 0,8 Eiern zu legen, als 10 Hühnern.

Wenn wir die beiden Individuen aus Gales Model durch ein Kontinuum von Individuen mit der selben Anfangsausstattung und den selben Präferenzen ersetzen, verschwindet das Problem allerdings noch nicht. Um die Existenz eines Walras-GGW sicherzustellen, brauchen wir eine weitere, recht technische, Annahme, die sicherstellt dass die Eigenschaften unserer Individuen "heterogen" verteilt sind (siehe [2] und [4]). Der Rest sind Standardannahmen wie wir sie auch für eine Gleichgewichtstheorie der Lebenden brauchen.

Der Tod arbeitet effizient

Freunde der freien Marktwirtschaft werden erfreut sein, dass die resultierenden Walras-Gleichgewichte wie gewohnt Pareto-optimal sind. Der Beweis funktioniert exakt so wie wir es aus Mikrolehrveranstaltungen kennen. Vermeidbares Massensterben sollte unsere Begeisterung für die Kräfte des Markts nicht trüben.

Unverbesserliche Altlinke und Gutmenschen, die von Pareto-Optimalität allein nicht glücklich werden, werden sich vielleicht fragen welche politischen Maßnahmen am besten geeignet sind ein paar arme Seelen vor dem Verrecken zu bewahren.

Das erste Paper, das sich mit der

Frage beschäftigt hat ist [2]. Coles und Hammond analysieren in einem (dem ersten) Gleichgewichtsmodell mit endogenem Überleben und Sterben verschiedene Politiken:



Nahrungssubventionen und diverse Transfers (Einkommen, Land, Nahrung). Nahrungssubventionen sind vollkommen ungeeignet, was in Anbetracht der komplizierten Zusammenhänge zwischen Märkten nicht allzu verwundern sollte. Direkte Transfers erweisen sich dagegen als äußerst effektiv.

Um Hungersnöte in dieser Welt zu verstehen ist es nötig stochastische Anfangsausstattungen und Produktion zu berücksichtigen, wobei die Zufallsvariablen starke Korrelationen aufweisen. Um diese Ideen angemessen umzusetzen sind einige recht komplizierte technische Hilfsmittel nötig. Eine Übersicht zu dieser Arbeit findet sich in [6]. Policyanalysen wurden in einem solchen stochastischen Kontext leider nicht gemacht.

Fazit: In Bezug auf Gleichgewichtstheorie gibt es eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist, dass sich Hungersnöte sehr gut über Gleichgewichtsmodelle ohne Marktunvollkommenheiten analysieren lassen. Die schlechte Nachricht, dass die Abwesenheit von Marktunvollkommenheiten viele Menschen nicht vor dem Tod bewahrt.

Literatur

- [1] K. Arrow und G. Debreu 1954, Existence of an Equilibrium for a Competitive Economy, *Econometrica* 22:3
- [2] J. Coles und P. Hammond 1995, Walrasian Equilibrium without Survival: Existence, Efficiency, and Remedial Policy in Basu et al (hrsg.) "Choice, Welfare, and Development"
- [3] A. Konovalov und V. Marakulin 2006, Equilibria without the Survival Assumption, *Journal of Mathematical Economics* 42
- [4] Y. Lengweiler 1998, Endogenous endowments and equilibrium starvation in a Walrasian economy, *Journal of Mathematical Economics* 30
- [5] T. Malthus, "An Essay on the Principle of Population, as it affects the Future Improvement of Society, with Remarks on the Speculations of Mr Godwin, M. Condorcet and Other Writers"
- [6] M. Majumdar und N. Hashimzade 2005, Survival, Uncertainty, and Equilibrium Theory: An Exposition in Citanna et al (Hrsg.) "Essays in Dynamic General Equilibrium Theory"
- [7] S. Rushen 1995, The Dead in the Classroom in *Annals of Improbable Research* 1:2
- [8] A. Sen 1982, "Poverty and Famines", OUP



Grenzen des Wachstums

Vor 30 Jahren schockierte ein Buch die Welt, das erstmals wissenschaftlich fundiert die Gefahren einer Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen darlegte. Die Warnungen wurden in den Wind geschlagen, weswegen enorme Probleme im 21. Jahrhundert auf die Menschheit zukommen werden.

Das Buch

Als das Buch "Die Grenzen des Wachstums" 1972 als Bericht des Think Tanks "Club of Rome" von Dennis Meadows



veröffentlicht wurde, schlug es ein wie eine Bombe. In der damaligen Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs war man sensibilisiert für neue Gedanken, man beschäftigte sich mit sozialen Fragestellungen. 12 Millionen Exemplare wurden

verkauft - selbst die Mutter des Autors dieser Zeilen musste das Buch während ihres Geschichte-Studiums lesen (sic!). Vor zwei Jahren erschien das 30-jährige Update des Berichts, mit noch folgereicheren Prognosen. Doch heute beschäftigt sich niemand mehr mit solch "wirtschaftsfeindlichen" Thesen, wie sie im Buch aufgestellt werden. Darum soll dieser Artikel einige Kernaussagen des Buchs zurück in die Erinnerung rufen.

Was sind die Grenzen des Wachstums?

Wir leben in einer Zeit, die gekennzeichnet ist von exponentiellem Wachstum der Weltbevölkerung und der Weltwirtschaft. Deswegen werden die natürlichen Ressourcen, insbesondere die nicht erneuerbaren Rohstoffe, immer stärker beansprucht. Und unser Planet ist nun mal begrenzt. Es wird immer aufwendiger, Rohstoffe zu erschließen, und dies wird eben durch das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum drastisch erschwert.

Exponentielles Wachstum hat, wie wir schon von der Zinseszinsrechnung anschaulich wissen, die Eigenschaft, in immer kürzeren Zeiträumen zu immer größeren absoluten Zuwächsen zu führen. Das macht es sehr schwierig abzuschätzen, wann man an die Grenzen stößt.

Ein Gedankenexperiment: Man

hat eine Wasserlilie in einem Teich. Man weiß nicht, dass diese jeden Tag um das doppelte wächst und am 30. Tag den Teich komplett bedecken wird. Am 21. Tag sind erst 0,2% des Teiches bedeckt, am 25. Tag erst 3%. Wenn man es



ursprünglich also für vernünftig hält, den Teich erst zu reinigen, wenn er halbbedeckt ist, so hat man dann nur noch einen Tag Zeit, um den Teich zu retten! Genau das sind die Gefahren exponentiellen Wachstums von Systemen, deren Grenzen wir nicht genau kennen: Es ist die Gefahr einer Überbeanspruchung da - und Überbeanspruchung führt zum Kollaps.

Geht uns das Öl aus?

Leider wurden die Grenzen des Wachstums oft missverstanden und dahingehend interpretiert, dass uns das Erdöl ausgehen wird. Selbst ein hiesiger Professor erwähnte die Vorhersagen als falsch, weil wir ja immer noch Öl haben. Tatsache ist, dass in "Die



Grenzen des Wachstums" geschrieben wird, dass wir das Erdölfördermaximum (Peak Oil) in den ersten 20 Jahren dieses Jahrhunderts erreichen werden. Es wird nicht von heute auf morgen kein Öl mehr geben, sondern die Erschließung anderer Vorkommen wird immer teurer (im Gegensatz zu den letzten 100 Jahren, wo es noch genug andere profitable Ölfelder gab). Diese Entwicklung zeichnet sich bereits ab.

Wir leben jenseits der Grenzen

Wenn Ressourcen also überbeansprucht werden, kommt es früher oder später zu einem Zusammenbruch. Wenn man in einem Fischteich mehr Fische fischt, als wieder nachgeboren werden, wird der Teich einmal leer sein. Das Problem ist, dass man das oft erst merkt, wenn es schon zu spät ist, nämlich wenn der Teich fast leer ist. Studien von Mathias Wackernagel, der den Begriff des "ökologischen

Fußabdrucks" prägte (Land, das notwendig ist, um Ressourcen zu produzieren und Emissionen zu absorbieren), haben festgestellt, dass schon seit den 1980ern der ökologische Fußabdruck größer ist, als es die Tragekapazität der Erde zulässt. Indikator hierfür ist z.B., dass die Pro-Kopf-Getreideproduktion in den 1980ern ihren Höhepunkt erreicht hat. Oder, dass es laut dem Living Planet Index des WWF heute durchschnittlich um 1/3 weniger Spezies als 1970 gibt. Wohlgemerkt geht es um globale Daten! Natürlich merken wir in den entwickelten Ländern wenig davon, wir werden als Letzte die Folgen der Überbeanspruchung merken.

Die Gegenargumente

Oft wird argumentiert, dass neue Ressourcen, technologischer Fortschritt und der Markt alle Probleme lösen werden. Zu neuen Ressourcen ist zu sagen, dass es so etwas wie neue Ressourcen bei nicht erneuerba-

ren Rohstoffen nicht gibt. Es gibt lediglich unbekannte Ressourcen, die noch nicht entdeckt wurden.

Technologischer Fortschritt kann uns in der Tat helfen, etwa bestimmte Rohstoffe zu substituieren. Dann muss man aber auch darauf hinarbeiten und so lange keine Lösungen für den Ersatz von Rohstoffen gefunden worden sind, behutsamer mit Ressourcen umgehen. Technologischer Fortschritt kann sogar sehr viel Gutes tun: So ist etwa die europäische Industrie um rund 1/3 energieeffizienter als die amerikanische Industrie. Das war vor allem eine Folge des Ölshocks, den Europa wegen fehlender eigener Ölquellen direkter als die USA gespürt hat. Aber selbst technologischer Fortschritt kann kein neues Land oder neue Ressourcen herbeizaubern.

Wenig kann jedenfalls die derzeitige Form des Marktes zum Problem der Grenzen des Wachstums beitragen: Unser Markt denkt kurzfristig, beinhaltet keine wahren Kosten (dazu müssten wir nämlich bewerten, wie viel und gewisse Ressourcen wert sind und wie viel wir noch unseren Kindern überlassen wollen) und gibt die falschen Signale. Je knapper ein Gut wird, desto teurer wird es, desto eher wird man es ausbeuten, anstatt nachhaltig zu wirtschaften.

Warum eigentlich Wachstum?

Wir leben in einer Zeit des Wachstumsfetischismus. Wachstum ist mittlerweile heiliges Ziel aller bedeutenden politischen Kräfte - wir müssen





wachsen, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wir müssen wachsen, um den technischen Fortschritt zu fördern. Das ist praktisch, denn dieser Wachstumsfetischismus lenkt von den eigentlichen Problemen der Menschheit ab - der Verteilungsproblematik, insbesondere zwischen Nord und Süd. Das Wachstum wird schon alle Probleme lösen, es wird die Arbeitslosigkeit senken, es wird die Entwicklungsländer reicher machen, und so weiter.

Und diesem Wachstum werden viele soziale Errungenschaften des 20. Jahrhunderts geopfert. Die Privatisierung bisher öffentlich bereitgestellter Güter wie Bildung, Gesundheit und Infrastruktur ist ein weltweiter Trend - der Markt ist schließlich effizienter und sorgt für mehr Wachstum. Arbeitslosenversicherungen sind schlecht, weil sie Wachstum behindern, deswegen werden sie gelockert - siehe Hartz IV. Bereits Keynes kritisierte dieses ziellose Wachstum: "And so the cake increased; but to what end was not clearly contemplated."¹ Natürlich ist Wachstum nicht einfach schlecht. Es kann auch

sehr nett sein, mehr zu haben. Aber Wachstum alleine kann wenig zur Lösung gesellschaftlicher Probleme beitragen.

Vom Wachstum zum Gleichgewicht

"The stationary state would make fewer demands on our environmental resources, but much greater demands on our moral resources." - Herman Daly, 1971

Anstatt also Wachstum als heilig anzusehen, sollten wir uns fragen: Was ist das Ziel? Wachstum für wen? Wie viel ist genug? Wir sollten also konkrete Ziele für die Menschen haben, anstatt nur Wachstum als Ziel zu haben. Wenn es nicht zum Kollaps kommen soll, sollte das Ziel eine Gesellschaft im Gleichgewicht sein. Also eine Gesellschaft, die nachhaltig wirtschaftet. Das bedeutet nicht, dass diese Gesellschaft statisch ist. Ganz im Gegenteil, wie das Zitat von Daly aussagt, hätte eben gerade eine Gesellschaft im Gleichgewicht das Potential, sich weiterzuentwickeln. Diese Weiterentwicklung wäre aber keine physikalische Expansion

mehr. Es kann natürlich immer noch Innovationen und neue Güter geben, aber die Hauptaufgabe einer solchen Gesellschaft wäre ein geistiger, kultureller und moralischer Fortschritt, kein materieller.

Auch der klassische Ökonom John Stuart Mill hat dies bereits im 19. Jahrhundert erkannt: "I confess I am not charmed with the ideal of life held out by those who think that the normal state of human beings is that of struggling to get on; that the trampling, crushing, elbowing, and treading on each other's heels [...] are the most desirable lot of humankind. [...] It is scarcely necessary to remark that a stationary condition of capital and population implies no stationary state of human improvement. There would be as much scope as ever for all kinds of mental culture and moral and social progress; as much room for improving the Art of Living, and much more likelihood of its being improved."³



Was kann ich tun?

Genug der Theorie. Hat dich am Artikel etwas nachdenklich gemacht, oder glaubst du noch an das unendliche Wachstum? Wenn nicht sind hier ein paar Vorschläge, um etwas mehr Rationalität in die Welt zu bringen:

Setze dir Ziele.

Lese die Grenzen des Wachstums.³

Unterstütze den Global Marshall Plan.

Hinterfrage, wenn jemand Wachstum preist, und frage nach dem Zweck des Wachstums. Argumentiere, dass eine Wirtschaft ein Mittel zum Zweck ist, und kein Selbstzweck sein kann.

Zu guter letzt etwas Praktisches: **Recycle!**

¹ John Maynard Keynes: The Economic Consequences Of Peace, 1919.

² John Stuart Mill: Principles of Political Economy, 1848.

³ Dennis Meadows et al.: Limits to Growth. The 30-Year Update, 2004



Wachstum ist nicht alles

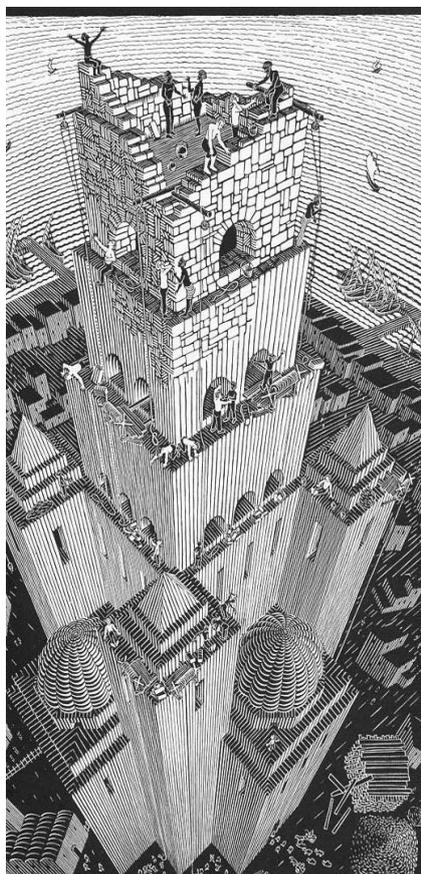
... aber ohne Wachstum ist alles Nichts!

Die Welt ist voller Widersprüche. Ende des Wintersemesters sitze ich im Praktikum aus empirischer Wirtschaftsforschung. Zwei Kollegen präsentieren gerade ihr Cross-Section-Projekt, in dem sie einen statistisch signifikanten Zusammenhang von Wirtschaftswachstum (und an-deren makroökonomischen Variablen) auf einen (subjektiven) Wohlstandsindikator nachweisen. Es ist bereits die x-te Präsentation der x-ten Projektgruppe, mein subjektives Empfinden von $t \rightarrow \infty$.

Also widme ich mich unter der Bank dem druckfrischen RBK. Im Artikel "Alles Wachstum" lese ich, dass vieles was gut für Menschen ist, von BIP und folglich dessen Wachstum nicht erfasst werden kann. Hm, also was jetzt? Wie verhalten sich BIP und das "Wohl" der Menschen?

Natürlich können die Methoden der Ökonometrie zurecht kritisch hinterfragt werden und es wäre durchaus möglich, einen statistischen Zusammenhang zwischen dem Wohlbefinden einer Gesellschaft und ihrem Schokolade- oder Drogenkonsum herzustellen. Andererseits wissen wir zumindest aus Makro 1, dass es durchaus berechtigte Kritik am BIP als Wohlstandsindikator gibt (cf. z. B. das Skriptum *Introduction to Macroeconomics* von Prof. Robert Kunst auf dessen Homepage, p. 25/26).

Das BIP ist kein Wohlstandsindikator; claro, sonst bräuchten wir es ja anderen Wohlstandsindikatoren gar nicht gegenüberstellen. Für eine Ökonomie, die am Wohlergehen der Menschen interessiert ist, ist die Frage nach einem Zusammenhang von BIP und Wohlergehen allerdings von zentraler Bedeutung. Dass eine solche Fragestellung nicht völlig absurd ist, zeigt u.a. ein Artikel von Günter Tichy, der im WISO 4/2005 verschiedene Makrovariablen mit den

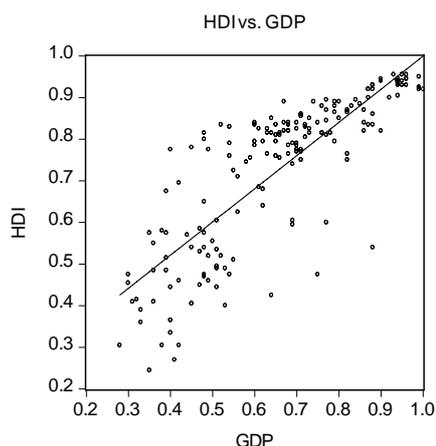


Ergebnissen einer Zufriedenheitsumfrage gegenüberstellt. Weiters könnten wir folgendes machen: Wir nehmen den Human Development Index (HDI) des UNDP, rechnen aus ihm den BIP-Indikator heraus und regressieren ihn mit dem verbleibenden Teil des Indikators. Der HDI ist ein (relativer) Wohlstandsindikator, der u.a. auf die Vorschläge von Amartya Sen und Mah-bub ul Haq zurückgeht. Natürlich können wir dieses Konzept ebenso wie alle anderen Konzepte kritisieren, sein Vorteil liegt u.a. darin, dass er weitgehend anerkannt ist und für quasi alle Länder (177) verfügbar ist. Der Indikator zieht die Lebenserwartung, die Alfabetisierungsrate, die Schulbesuchsrate und das BIP als Wohlstandskomponenten heran und kann theoretisch Werte zwischen 1 (höchster Wohlstand) und 0 annehmen. Rechnen wir nun die BIP-Komponente aus dem HDI heraus und regressieren diesen "korrigierten HDI" mit der BIP-Komponente, so sehen wir folgendes Bild, dessen Bedeutung wir wohl erst dann verstehen, wenn wir erfahren, dass die zugrundeliegende Regression auf dem 1%-Level signifikant ist. Bei einer Konstante von 0,2 wächst der korrigierte HDI im Ausmaß von 0,8 linear mit der BIP-Komponente (bei einem R^2 von 0,67).

Die Definition von Wohlstand, wie sie die UNO hier verwenden



det, scheint also eng mit dem BIP korreliert zu sein; so eng sogar, dass man sich die Frage stellen muss, wieso das BIP überhaupt in den HDI aufgenommen wird. Interessanter wird die Sache nun, wenn wir dieses Modell auf unterschiedli-



che Ländergruppen anwenden. Denn während z.B. die CEPAL-Länder (Latein-amerika und Karibik) einen Regressionskoeffizienten von 0,72 (bei einer Konstante von 0,31) ausweisen, beträgt selbiger bei den OECD-Ländern nur 0,46 (bei einer Konstante von 0,5) bei Signifikanz auf dem 1-%-Niveau in beiden Fällen. BIP und "Wohlstand" (wie ihn die UNO hier definiert) scheinen also in peripheren Ländern stärker korreliert zu sein, als in den kapitalistischen Zentren; womit wir bei einem zentralen Punkt angelangt wären - dass wir uns nämlich nicht nur überlegen müssen, wovon wir sprechen, wenn wir von "Wachstum" sprechen, sondern auch, über welche Länder und in weiterer Folge über welche sozialen Schichten in diesen Ländern.

Das kapitalistische Zentrum bleibt der Hauptbezugspunkt

des Artikels "Alles Wachstum", jener Teil der Welt also, der gerade einmal ein Zwanzigstel der Weltbevölkerung umfasst (so hoch ist zumindest der Anteil der OECD-Länder an der Weltbevölkerung). Der dabei vorgebrachte Gedanke, dass die Opportunitätskosten der Reihung von Güterbündeln den aus dieser Reihung erzielbaren Nutzensgewinn übersteigt, scheint in einer Gesellschaft, in dem das Suchen nach dem günstigsten Strom-, Handy-, Etc.-Anbieter für den homo economicus fast schon zum Hauptinhalt seiner "gewöhnlichen betrieblichen Geschäftstätigkeit" geworden ist, als keineswegs so abwegig, doch impliziert es eine gewisse "Konsumsättigung". Meine Freundin betreut atypisch Beschäftigte gewerkschaftlich. Diese Leute, für die eine gewisse Form der "Arbeitszeitverkürzung" (manche Monate arbeiten sie 25, dann wieder 0, manchmal 60 Stunden die Woche) Realität geworden ist, erzählen z.B., dass sie in Monaten, wo sie mehr arbeiten (können), Vorratskäufe für Monate machen (müssen), wo sie mit keinem fixen Einkommen rechnen können. Für mich klingt das eher nach permanentem Kriegszustand als nach Konsumsättigung.

Wie auch immer können die 1.044.000 armutsgefährdeten Menschen in Österreich dem/der AutorIn nicht entgangen sein, sonst wäre seine/ihre berechnete Forderung nach (geregelter und gleichmäßiger) Arbeitszeitverkürzung ja förmlich "aus der Luft gegriffen".





Die peripheren Länder verfügen allerdings nicht über einen Stand der Produktivkraftentwicklung, wie er in den kapitalistischen Zentren vorherrscht. Insofern ist die Frage dort anders zu stellen und läuft letztlich aus emanzipatorischer Sicht darauf hinaus, "wie eine zielstrebige sozialökonomische Neugestaltung mit einem hohen und stabilen wirtschaftlichen Wachstumstempo als Grundvoraussetzung für ein Ausbrechen aus der Unterentwicklung" und einer "progressive[n gesellschaftlichen] Neugestaltung - die keine Neugestaltung der Armut sein darf - verbunden werden kann" (utopie kreativ, Heft 181, Nov. 2005, p. 994). Dass Wachstum hier eine bedeutende Rolle spielt, zeigen u.a. die gescheiterten Aufbau- und Ausbruchversuche peripherer Länder der letzten Jahrzehnte. Denn generell kann in allen (letztlich gescheiterten) Veränderungen mit revolutionärem Anspruch der letzten 40 Jahre eine viel weitergehendere Veränderung im Sozialbereich beobachtet werden, als in der unmittelbaren Produktion. Davon zeugen unter anderem die Entwicklungen im Algerien der 60er und 70er Jahre, die Entwicklungen in Angola, Mozambique oder im sandinistischen Nicaragua nach 1979; aber auch in Sambia und Nigeria, wo kein revolutionärer Anspruch bestand. Historisch zeigte sich dabei,



dass die Umgestaltung der Reproduktionssphäre allein zu wenig ist. Auch die großartige nicaraguanische Schriftstellerin, Poetin und Revolutionärin Gioconda Belli teilt in Bezug auf das sandinistische Nicaragua in ihrer Autobiografie "Die Verteidigung des Glücks" (p. 256) nicht die "nahezu religiöse Haltung - die sehr typisch für die Linke ist -, zu glauben, das Wesen des Revolutionärs bestehe darin, die Ungerechtigkeiten der anderen zu teilen. Die Revolution

wollte die schlechte Behandlung aller abschaffen und sie nicht etwa demokratisieren". Das heißt aber letztlich, *Wachstum als Bedingung der Möglichkeit* der "Abschaffung der schlechten Behandlung aller" zu begreifen.

In den realsozialistischen Ländern kamen in den 50er und 60er Jahren Vorschläge zur Re-formierung der staatlichen Planwirtschaft auf, die darin gipfelten, den Gewinn zur Hauptkennziffer der Planung zu machen (zu einer



Zusammenfassung siehe: Horst Richter: Warenproduktion, Werttheorie und Markt - theoretische Aspekte; in: Z - Nr. 46, Juni 2001, p. 71ff.). Diese Auseinandersetzung, welche die Reformkräfte historisch nicht für sich entscheiden konnten, bleibt für emanzipative Ansprüche der Zentren wie der peripheren Länder auch heute von Bedeutung.

Aus den umfangreichen Arbeiten von Hans Wolfgang Singer und Raúl Prebisch wissen wir, dass es einen tendenziellen Verfall der Terms of Trade zuungunsten der peripheren Länder gibt (für einen kurzen Überblick siehe z.B.: H.W. Singer: Terms of Trade and Economic Development, in: The new Palgrave: Economic Development, edited by John Eatwell, 1989, p. 323ff. oder das Seminarprogramm zur Prebisch-Singer-These auf der Homepage von Prof. Kunibert

Raffer). Wenn es nun so ist, dass sich die Double Factoral Terms of Trade (DFTT) zuungunsten der peripheren Länder entwickeln, so heißt das, dass ein peripheres Land über die Zeit immer mehr Arbeitsstunden in einem Warenquantum vergegenständlichen muss, um eine gleichbleibende Menge von in einem Warenquantum vergegenständlicher Arbeitsstunden zu importieren; oder dass ein peripheres Land mit einer gleichbleibenden Menge von in einem Warenquantum vergegenständlicher Arbeitsstunden eine immer kleiner werdende Menge von in einem Warenquantum vergegenständlicher Arbeitsstunden importieren kann. Mit anderen Worten: die "Gesetze des Weltmarktes" entwerten mit der Zeit die in einem Warenquantum vergegenständlichen Arbeitsstunden der Peripherie gegenüber dem Zentrum. Es handelt sich hierbei also um ein Phänomen, das in

der Zirkulationssphäre erscheint, über die Reproduktionssphäre der Arbeit(skraft) vermittelt ist und ihren Ursprung in der Produktions-sphäre hat.

Das heißt, wenn ein peripheres Land die oben bezeichnete Austauschrelation zu seinem Günstigen ändern will, so ist weder die Zirkulations- noch die Reproduktionssphäre, sondern die Produktionssphäre jenes Kettenglied, das es anpacken muss. Was aber produziert es? Bleiben wir in den engen Kategorien der Mainstream-ökonomie und bezeichnen wir seine Produktion zunächst mit y . Diese Produktion ist ein Zusammenwirken von Mensch(licher Arbeit) A und Natur N . Da Natur an sich nicht veränderbar, sondern nur formbar ist, müssen wir Natur als N fix annehmen und können uns daher nur darum kümmern, wie A auf N einwirkt. Das heißt A





muss auf N produktiver einwirken, das heißt aber letztlich, die organische Zusammensetzung (c/v) des Kapitals (sozial bestmöglich) zu erhöhen. Eine emanzipative FOC in der autistischen Sprache der Neoklassik wäre also $u' = 0$, also maximiere $u = f(c/v, s)$, wobei c den konstanten Kapitalanteil (Maschinen, Gebäude etc.) und v den variablen (menschliche Arbeitskraft) darstellt und s ein Maß für die soziale Verteilung beschreibt. Das Problem hierbei ist allerdings, dass wir die "Interaktionen" von s und c/v nicht beliebig genau beschreiben können. Es bleibt allerdings der Anspruch und die Herausforderung, vermittelt einer Steigerung der Produktivität der Arbeit, Wachstum von y zu schaffen.

Hier kommen wir wieder enger auf den Artikel zu sprechen. Denn wenn wir - wie dort - Wachstum abstrakt ausdrücken als "Wachstum einer quantitativ erfaßbaren Größe y ", so müssen wir uns zunächst auf dieses y konzentrieren. Aber verdammt noch mal, was stellen wir uns als ÖkonomInnen unter y vor? Einkommen. Einkommen in Geld. Geld. Allgemeines Äquivalent aller Waren. Also Waren (und die in ihnen vergegenständlichte Arbeit). "Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ungeheure Warensammlung, die einzelne Ware als seine Elementarform." (Karl Marx, 1. Satz des Kapitals)

Weiter mit y : dieses bezieht sich innerhalb des "analytischen Diskurses" (Artikel) immer auf

ein y_0 [etwa in der Form $y(t) = y_0 e^{rt}$], was wiederum als $y_0 > 0$ definiert ist. Was aber ist y_0 ? Woher kommt es? Selbst wenn man an die "Schöpfung" glaubt, hätte man gehört, dass Gott Adam und Eva, sicherlich aber nicht y_0 (im übrigen auch nicht k_0) geschaffen hätte.

Fein, y ist also ein abstrakter Ausdruck für Waren, y_0 als seine "Urware". Was ist die "Urware"? Hat es *Warenproduktion* (nämlich *gesellschaftliche Produktion* mit dem *Ziel des Austausch*) immer gegeben? Nein, das hat es nicht. Es hat sie sogar nur in einem Zeitraum gegeben, der nicht nur für die Entwicklung unseres Universums, sondern sogar menscheitsgeschichtlich quantitativ äußerst unbedeutend ist - in der Vorgeschichte menschlicher Gesellschaft (cf. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort; in: MEW, Bd. XIII, S. 9). Y ist also eine Kategorie, die genauso wenig ewig ist wie die Beziehungen, die sie ausdrückt. "Sie sind historische und vorübergehende Produkte." (Marx an Annenkow, 28. 12. 1846). Nun sind Herausbildung und Vergehen dieser "Produkte" (Kategorien, Beziehungen) aber zweierlei: denn sie entstehen gesetzmäßig und (relativ) unbewusst (in jeder Gesellschaft hat sich zufällig und notwendig ab einer gewissen *Entwicklungsstufe* Warenproduktion historisch herausgebildet, welche entwickelte Form auch immer sie angenommen hat), ihre Aufhebung muss aber (wenn man von der Möglichkeit globaler Naturkatastrophen absieht, die "Naturkatastrophe Mensch" mit eingeschlossen) ein bewusster

Akt sein. Was aber heißt "Aufheben"? 1. die Warenproduktion (und das heißt, die damit verbundenen Eigentumsverhältnisse) aufheben in dem Sinne, sie dorthin zu verbannen, wohin sie dann



gehören werden: ins Museum für Alterskunde, neben Spinnrad und Axt; 2. dennoch ihre Vorzüge aufzuheben im Sinne von bewahren und damit 3. die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse *auf* ein neues Niveau zu *heben*, auf dem gilt: "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" (Marx, Kritik des Gothaer Programms; in: MEW XIX). Erst dann werden wir die berechtigterweise zu stellende Frage: "Wessen Wachstum?" im engeren Sinne mit: "Unser Wachstum!" beantworten können.

President for 8 Years

Abenteurer US-Präsident, das scheint der passende Titel zu sein für die Horror-Reality-Show, von der im Juni eine Folge in Wien spielt. Wir müssen sie jetzt schon seit Jahren ertragen und weil sie die Menschen so bewegt, wurde sie immer noch nicht abgesetzt. Auch ein dreiviertel Jahr nach dem Verlust von New Orleans nicht.

Alles ist Show. Dass das Konzept der Reality-Show gut funktioniert wissen wir spätestens seit Big-Brother und Taxi Orange. Menschen wie Du und ich werden in eine außergewöhnliche Situation transferiert. Wir können ihnen beim Meistern der Herausforderung zusehen und uns überlegen was wir an ihrer Stelle tun würden.

Dass Politik größtenteils Show ist, ist nicht komplett neu, auch wenn gerade "unsere" österreichische Regierung in der Politik-Show auf der Alpenrepublik bislang unbekannte Höhen vorgezogen ist.

Übertroffen wird das alles natürlich noch im wilden weiten Westen wo eine Gruppe neokonservativer im Jahr 2000 die geniale Idee hatte "einen wie dich und mich" ins Rennen um die Präsidentschaft zu schicken¹. Die Leute hatten genug vom hochgestochenen Politikgelaber, dass sie von oben herab behandelt und sie nicht für voll nimmt. Sie wollten einen wie sie selbst (also die Mehrheit wollte ja eigentlich den ändern,

aber immerhin wollten ihn genug um behaupten zu können dass G.W. gewählt worden ist).

Und dann hat sie begonnen, die Reality-Show. Der Mann, der es nicht mit Fachausdrücken oder Fremdwörtern hatte, durfte Präsident sein, und wir durften es hautnah miterleben. Er verabsäumt auch nie uns zu erzählen mit wem er geredet hat und was er dabei empfunden hat.

Spätestens seit dem *challenge New Orleans* wissen wir aber



ALLE, dass es mehr braucht und dass es riskant ist wenn irgendwer Präsident spielt. Was schon länger klar war wurde im Drama von New Orleans ein weiteres mal offensichtlich. Die Reality Show ist zur Horror-Reality geworden und die Leute, die dort drüben seit 6 Jahren in die eigene Tasche wirtschaften, waren nicht einmal in der Lage

das Allermindeste an Staatslenkung zu erbringen. Zumindest ist es für viele unvorstellbar dass so etwas einem Bill Clinton passiert wäre.

Aber wäre es Bill Clinton wirklich nicht passiert? Wahrscheinlich wäre seine Administration wirklich kreativer gewesen. Vielleicht hätte auch wirklich wer Geld für die überfällige Dammsanierung locker gemacht, und zwar vor dem Hurricane. Wahrscheinlich hätte sich auch der eine oder andere Demokrat was einfallen lassen, damit die Stadt nach einem dreiviertel Jahr wieder halbwegs steht oder es in der Krise vernünftige Notunterkünfte gibt. Aber auch wenn nicht, auch

wenn alles genau gleich gelaufen wäre, dann hätte Billy sicher die ganze Welt demütig um Hilfe und Mitgefühl gebeten und derart gebauchpinselt hätten wir Europäer sicherlich voller Verständniss eingesehen, dass es komplett menschenunmöglich ist schneller zu helfen, als das ohnedies geschieht.



Egal, unabhängig davon was Billy gemacht hätte, "George, President for 8 years" wird unerträglich und die Tatsache dass es trotzdem passiert macht offensichtlich wie weit ins Absurde die



Politik schon geführt wurde. (noch einmal, es ist dem Autor enorm wichtig zu betonen, dass "wir" Österreicher uns auch schon seit länger als 5 Jahren belügen lassen). Das denken sich viele hier und alle sind sich darin einig, dass die Welt viel besser wäre ohne die neokonservativen Wahnsinnigen. Und es stimmt ja auch, dass die extremen Auswüchse milder ausfallen würden, wenn die Administration besser wäre. Dennoch, die darunter liegende Grundstruktur bliebe die gleiche und eine bessere Administration würde nur

den schlimmsten Konsequenzen dieser Grundstruktur vorbeugen, den Eisbergen die Spitzen nehmen, die Strukturen dabei aber kaschieren.

Katarina und Bush haben also auch ihren Beitrag geleistet diese Dinge offen zu legen und zwar so, dass sie wirklich jeder verstehen sollte: Wer hat, der kann sich retten, Arme, Alte und Schwache bleiben über und bleiben in der Scheiße stecken. Es geht auch nicht in erster Linie darum sie zu retten, sondern das wichtigste ist, dass die Eigentumsrechte gewahrt werden. Egal ob das Eigentum dann in den Fluten untergeht oder nicht, Plünderungen müssen verhindert werden. Notfalls natürlich auch mit Staatsgewalt und Polizeieinheiten die bei der Evakuierung fehlen. Fazit: die Hurricane-Bilder haben den ALLTAG "karrikiert". So funktioniert es: Jene die nicht reich und sexy sind bleiben auf der ganzen Welt über, und wenn sie dann beim Hurricane übrig geblieben sind, dann war das eben nur die Verdichtung des ganzen Systems. Ein paar Horrorbilder wurden zum Abbild einer Reality,

die ganz und gar nicht nur Show ist.

Nicht die Horror-Reality-Show mit G.W. als Protagonist, sondern ein Macht-Prinzip bewirkt diese Zustände. Die Horror-Reality der Pareto-Verbesserung ist ein wesentlicher Teil davon. So lange wir niemanden schlechter stellen können, können wir auch nicht alles Menschenmögliche tun um zu helfen. Nur Pareto-Verbesserungen zu akzeptieren heißt davon auszugehen, dass der Status-quo gerechtfertigt ist und nicht hinterfragt werden kann. Es heißt weiters, davon auszugehen, dass die "Täusche" der Vergangenheit alle immer unter gerechtfertigten Bedingungen stattgefunden haben.

Wer also nur die Reality-Show vom Programm nehmen, und durch eine Show mit professionellerer Moderation ersetzen will, greift vermutlich weit zu kurz...

¹ Nicht verifizierte Detailinfo für alle die es nicht wissen: Angeblich hat Bush, verzogenes Kind seiner Milliardärsfamilie seine Bauernbub-Ranch in Texas vor dem Wahlkampf 2000 gekauft Kerry ist auf einer Army-Base mit Soldaten (nicht die klassische Bildungselite) aufgewachsen...





Ein KoVo entsteht!

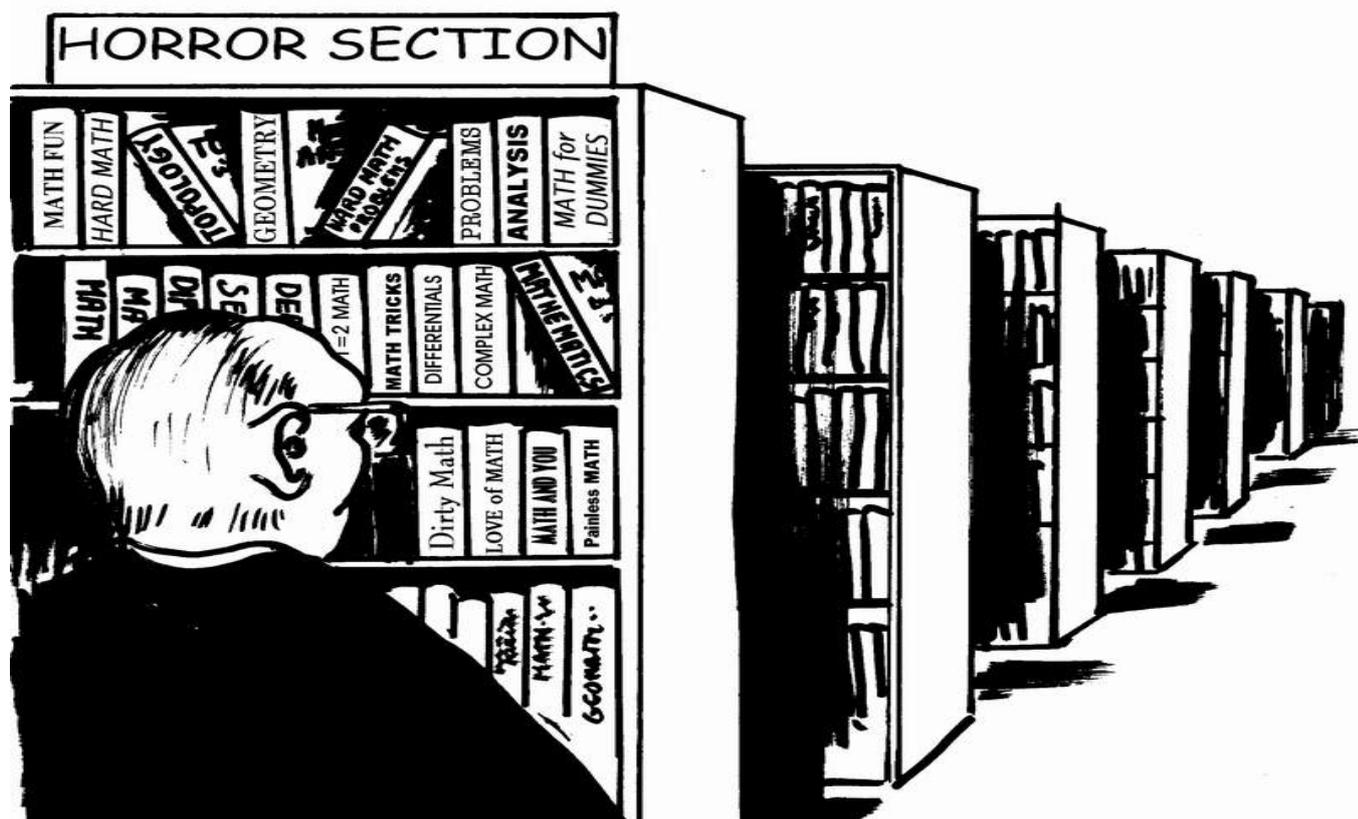
Studierende vieler anderer Studien kennen es und haben es lieben gelernt. Die Rede ist von einem "Kommentierten Vorlesungsverzeichnis" (KoVo). Ein solches bietet im Gegensatz zum regulären Vorlesungsverzeichnis mit seiner schnöden Aufzählung von Lehrveranstaltung (LV), LV-LeiterIn und Uhrzeit, bedeutend mehr Informationen: Detaillierte Beschreibungen von Lehrveranstaltungen und deren Inhalten sowie sonstige Informationen. Bisher mussten die Studierenden der Volkswirtschaft allerdings auf ein solches KoVo verzichten und waren auf Hörensagen angewiesen um mehr über die Lehrveranstal-

tungen und deren LeiterIn zu erfahren. Der RBK möchte aber kein KoVo verfassen, da es uns nicht möglich ist eine allgemein gültige Meinung zu einer bestimmten Lehrveranstaltung zu vertreten und wir uns auch nicht primär als Service Agentur verstehen. Da uns aber bewusst ist wie sinnvoll ein KoVo ist haben wir ein KoVo-Forum auf unserer Homepage eingerichtet. Dort soll es zu jeder LV einen eigenen Thread geben wo dann jedeR herzlichst eingeladen ist Beiträge zu der betreffenden LV zu schreiben. Wir glauben dass eine solche partizipative Form am besten in der Lage ist die Pluralität der Meinungen zu repräsentieren - schließlich hat

jedeR eine eigene Vorstellung, wie eine "gute" Lehrveranstaltung aufgebaut sein sollte und welche Inhalte wichtig sind. Gemeinsam wollen wir das Forum rasch mit entsprechenden Informationen und spannenden Diskussionen über Inhalte, Didaktik, Arbeitsaufwand, etc. füllen. Wir hoffen dass euch dieses Projekt dabei hilft LV den persönlichen Interessen und Spezialisierungswünschen entsprechend auszuwählen.

Darum, schaut vorbei und schreibt etwas:

<http://www.univie.ac.at/strv-vwl/forum/>





Quo vadis, Frankreich?

"Wir werden nicht zulassen, dass Frankreich sich in die Länder mit den geringsten Sozialstandards einreihet."
-Generalsekretär der Gewerkschaft CGT, Bernard Thibault

Anfang Februar bricht in Frankreich der Protest gegen eine geplante Änderung des Kündigungsschutzes aus, die junge BerufsanfängerInnen unter 26 praktisch vom Kündigungsschutz ausschließen würde. Höchste Zeit für den RBK, sich mit den ökonomischen Aspekten des Kündigungsschutzes auseinander zu setzen.

Anfang Februar 2006 stellt Premierminister Villepin eine Änderung des Kündigungsschutzes vor, die helfen soll, die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich von 22% zu verringern. Durch die Einführung des "Ersteinstellungsvertrags" (*Contract Premier Embauche* - CPE) soll für alle Angestellten unter 26 Jahren eine zweijährige Probezeit gelten, in der sie ohne Begründung jederzeit wieder entlassen werden können.

Daraufhin brechen in Frankreich die größten Unruhen seit den Vorortkrawallen im November aus. Millionen Menschen protestieren gegen die Reform, Streiks legen zeitweise das ganze Land lahm (siehe Box).

Trotzdem passiert das Gesetz im Eilverfahren die Nationalversammlung und wird letztlich von Präsident Chirac

unterschrieben. Nicht jedoch ohne dabei bereits Änderungen am Gesetz anzukündigen. Doch der Druck der Straße wird aufrechterhalten und Villepin und Chirac müssen das umstrittene Gesetz am 10.4.2006 zurück nehmen.

Hat aber eine Lockerung des Kündigungsschutzes wirklich einen positiven Effekt auf die Beschäftigung? Sind die Demonstrierenden am Ende gegen ihre eigenen Interessen auf die Barrikaden gegangen, wie ihnen von VerfechterInnen des CPE vorgeworfen wurde?

Leider kommt der Bezug zu solch aktuellen und spannenden Fragen, deren Beantwortung ein zentraler Anspruch an die Volkswirtschaft ist, in unserem Studium oft zu kurz. Aus diesem Grund hat der RBK zusammen mit Dr. Julien Prat (Universität Wien) am 6.4.2006 eine Diskussion zu den theoretischen Auswirkungen des Kündigungsschutzes veranstaltet. Die Erkenntnisse aus dieser Veranstaltung wollen wir im Folgenden zusammentragen.

Ö k o n o m i s c h e r Hintergrund

Bringt eine Lockerung des Kündigungsschutzes wirklich

Chronik eines Protests

16.01. CPE wird von der franz. Regierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit präsentiert

7.02. erste Proteste von Studierenden und Gewerkschaften

9.02. Nationalversammlung beschließt neues Arbeitsgesetz

7.03. 700.000 Menschen gehen gegen die Arbeitsmarktpolitik der Regierung auf die Straße.

19.03. Dritter Protesttag in Folge. Erneut gehen hunderttausende auf die Straße. Polizei setzt Tränengas gegen Randalierer ein

28.03. Die Gewerkschaften und Studentenorganisationen erklärten den 28. März zum nationalen Streiktag. Drei Millionen Menschen gehen auf die Straße, Landesweit werden 800 Menschen festgenommen.

31.03. Chirac unterzeichnet nach Rücktrittsdrohung von Villepin das umstrittene Gesetz. Allerdings stellte er sofortige Nachbesserungen in Aussicht (Verkürzung der Probezeit auf 1 Jahr, Begründungspflicht).

4.04. Schwere Krawall in Paris, 3,1 Millionen Menschen demonstrieren weiterhin gegen CPE, Streiks legen das ganze Land lahm.

10.04. Villepin und Chirac nehmen das umstrittene Gesetz zurück



wirklich den erhofften und vor allem auch einen nachhaltigen Beschäftigungsanstieg für junge ArbeitnehmerInnen? Was sagt die ökonomische Theorie dazu? In der öffentlichen Debatte wird die Problematik meist auf die statische Analyse "sinkende Arbeitskosten = höhere Beschäftigung" reduziert - aber entsteht in einer dynamischen Welt unter Berücksichtigung der Unsicherheit wirklich eine höhere Nachfrage nach Arbeit? Und welche Vor- und Nachteile bringt der CPE überhaupt zu den bereits existierenden befristeten Beschäftigungsverhältnissen?

Vor- und Nachteile des CPE

Für die ArbeitgeberInnen bedeutet weniger Kündigungsschutz eine Kostenreduzierung und einen flexibleren Einsatz des Faktors Arbeit, da ArbeitnehmerInnen ohne Abfindungszahlungen gekündigt werden können und damit leichter auf Schwankungen in der Nachfrage reagiert werden kann. Die Turnover - Kosten sinken. Außerdem ermöglicht es die Probezeit, weniger arbeitswillige Angestellte auszusortieren. Einen ähnlichen Effekt haben aber auch befristete Arbeitsverträge, wie es sie schon lange gibt.

Der CPE hat dabei aus Sicht der ArbeitgeberInnen den Vorteil, dass er deutlich leichter zu kündigen ist und die Kündigung nicht begründet werden muss. Mehrkosten entstehen für die ArbeitgeberInnen im Vergleich zu befristeten Beschäftigungsverhältnissen bei einem CPE



dadurch, dass die Probezeit voll als Betriebszugehörigkeit angerechnet wird und den ArbeitnehmerInnen beim Verweilen im Betrieb höhere Sozial- und Lohnleistungen zustehen. Bei einem befristeten Vertrag wird die Betriebszugehörigkeit nach Ablauf auf null zurückgesetzt, auch wenn die Angestellten danach im Betrieb übernommen oder erneut befristet beschäftigt werden. Außerdem herrscht eine große Unsicherheit bezüglich der unbegründeten Kündigung. Firmen befürchten, dass eine unbegründete Kündigung nicht Verfassungskonform ist und entsprechende Klagen nach sich ziehen könnte.

ArbeitnehmerInnen profitieren vom CPE, da sie bereits nach vier Monaten Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, während dies bei einem befristeten Beschäftigungsverhältnis erst nach sechs Monaten der Fall ist.

Dafür haben sie aber keinerlei Sicherheit über die Länge des

Beschäftigungsverhältnisses. Der Vertrag kann jederzeit mit einer Frist von zwei bis vier Wochen gekündigt werden. Außerdem stehen ihnen geringere Abfindungszahlungen bei einer Vertragsauflösung zu.

Die Inselökonomie...

Doch profitiert die Jugend in Frankreich auch von steigenden Beschäftigungszahlen, wie von den VerfechterInnen des CPE gebetsmühlenartig zu hören ist? In einer statischen Welt, die offensichtlich meist die Argumentationsgrundlage darstellt, ist die Antwort klar: Weniger Kündigungsschutz bedeutet geringere Lohnkosten. Bei gleicher Arbeitsproduktivität (*ceteris paribus*) muss das zu einer höheren Beschäftigung führen. Um die Frage nach dem Kündigungsschutz wirklich beantworten zu können, muss man dem Modell aber eine sich dynamisch verändernde Welt zugrunde legen, über deren Entwicklung Unsicherheit herrscht. Außerdem verursacht



nicht nur das Entlassen, sondern auch das Einstellen Kosten für die Einlernung, Vertragsabwicklung, Personalsuche u.s.w., die berücksichtigt werden müssen.

Arbeitsnachfrage unter Unsicherheit

Das zugrunde liegende Modell¹ soll hier nur kurz skizziert werden. Firmen maximieren den Erwartungswert der Summe aller zukünftigen abdiskontierten Gewinne, wobei diese sowohl von der Anzahl der Beschäftigten (Lohnkosten), einem exogenen Einfluss (wirtschaftliche Entwicklung), als auch von den Kosten für das Entlassen (F) und Einstellen (H) von MitarbeiterInnen (Turnover-Kosten) abhängen.

Der Einfachheit halber wird angenommen, dass die Turnover-Kosten $G(\cdot)$ linear sind:

$$G(\Delta N) = \begin{cases} (\Delta N)H & \text{falls } \Delta N \geq 0 \\ -(\Delta N)F & \text{falls } \Delta N < 0 \end{cases}$$

Die Unsicherheit ist in der Form eingebaut, dass sich die Nachfrage nach Arbeit aufgrund von Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung in jeder Periode mit der Wahrscheinlichkeit p ändert, also von hoher Nachfrage in eine geringer Nachfrage wechselt oder vice versa, während sie mit der Wahrscheinlichkeit $(1-p)$ unverändert bleibt. Die Firma trifft ihre Entscheidung, wie viele MitarbeiterInnen entlassen oder neu eingestellt werden sollen also mit dem Wissen, dass sich die Bedingungen für ihre Arbeitsnachfrage mit der Wahrscheinlichkeit $(1-p)$ nicht ändern werden.

Ein Schattenwert der Arbeitsnachfrage λ wird eingeführt, der der marginalen Erhöhung des diskontierten Cashflows der Firma entspricht, wenn sie eine zusätzliche Einheit Arbeit engagiert. Daher ergibt sich die optimale Arbeitsnachfrage intuitiv - liegt λ unter den Kosten, die für das Entlassen einer Einheit Arbeit entstehen, kann die Firma ihren Profit erhöhen, indem sie MitarbeiterInnen entlässt. Liegt λ über den Kosten für das Einstellen, wird die Firma MitarbeiterInnen einstellen, um ihren Profit zu erhöhen. Die optimale Arbeitsnachfrage ist also definiert durch:

$$-F \leq \lambda \leq H$$

Ergebnisse des Modells

Ein nahe liegendes Ergebnis dieses Modells: Turnover Kosten reduzieren die Fluktuation am Arbeitsmarkt. In guten Zeiten werden weniger ArbeitnehmerInnen eingestellt, in schlechten aber auch weniger entlassen. Da der zukünftige Cashflow aber nur abdiskontiert berücksichtigt wird, wiegt der positive Effekt hoher Entlassungskosten auf die Arbeitsnachfrage in schlechten Zeiten stärker als der negative Effekt in guten Zeiten. Dies ist so, da bei der Frage, ob jemand entlassen werden soll, die Kosten für die Entlassung sofort anfallen und in voller Höhe berücksichtigt werden müssen. Bei einer Einstellung fallen die erwarteten Kosten für eine eventuell notwendige Entlassung erst in der Zukunft an, müssen daher abdiskontiert werden und haben weniger Gewicht in der Entscheidung.

Es kann also bestenfalls keine eindeutige Aussage über die Wirkung von Kündigungsschutz auf das durchschnittliche Beschäftigungsniveau gemacht werden, da sich verschiedene Effekte konterkarieren. Klar ist lediglich, dass ein höherer Kündigungsschutz sich negativ auf den durchschnittlichen Profit auswirkt und die Kosten für den Kündigungsschutz mit der Unsicherheit steigen



Weitere Aussagen des Modells

Werden die Löhne endogen betrachtet, steigt durch einen stärkeren Kündigungsschutz die Verhandlungsposition der Beschäftigten. Dies kann negative Auswirkungen auf das Beschäftigungsniveau haben.

Die Reduktion der Profite von Firmen könnte einen negativen Effekt auf Firmenneugründungen haben. Dies scheint aber eher zu vernachlässigen zu sein. Ebenfalls keine Evidenz gibt es für die Aussage, dass ein höherer Kündigungsschutz dazu führen kann, dass Firmen schneller Bankrott gehen.

Außerdem könnten höhere Kündigungskosten Firmen einen Anreiz geben, eher in sicheren Bereichen zu investieren, da die entstehenden Kosten bei höherer Unsicherheit steigen

¹ Basierend auf "Labor Turnover Costs and Average Labor Demand", G. Bertola, JLabEcon

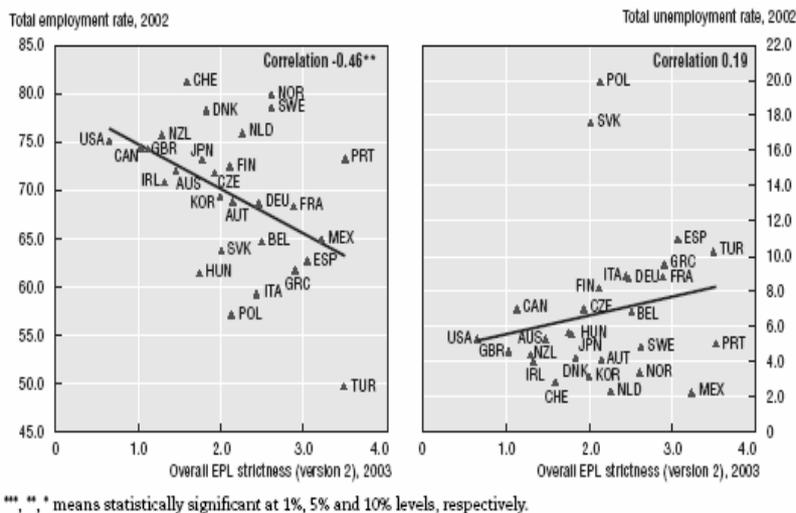


und damit weniger in Forschung und Entwicklung zu investieren.

Um diese Frage letztlich zu beantworten, muss also ein Blick in die Daten geworfen werden. Denn...

...grau ist alle Theorie

Vergleicht man die Beschäftigungsdaten verschiedener Länder mit der Stärke des Kündigungsschutzes in diesen Ländern (Employment Protection Level - EPL) zeigt sich folgendes Bild:



Zwischen der Beschäftigungsrate und der EPL lässt sich die von den Verfechtern eines lockeren Kündigungsschutzes vertretene negative Korrelation (-0,46) beobachten. Hier haben Länder mit einem geringen Kündigungsschutz wie die USA einen höheren Beschäftigungsanteil an der Gesamtbevölkerung als Länder mit eher striktem Kündigungsschutz wie Frankreich.

Betrachtet man dagegen die Arbeitslosenzahlen, lässt sich dieses Bild nicht bestätigen. Zwar gibt es eine leicht positive

Korrelation zwischen Arbeitslosenrate und EPL, diese ist aber nicht signifikant. Eine positive Wirkung eines lockeren Kündigungsschutzes auf die Arbeitslosigkeit lässt sich also aus den Daten nicht ablesen.

Ebenso sieht es bei den Daten zur Langzeitarbeitslosigkeit aus. Zwar gibt es einen leicht positiven Zusammenhang zwischen EPL und Langzeitarbeitslosigkeit, aber dieser Zusammenhang ist ebenso nicht signifikant.

Auch wenn durchaus einige junge Arbeitslose von den positiven Effekten einer allgemeinen Lockerung des Kündigungsschutzes profitieren könnten, muss die Frage gestellt werden, ob dies auch dann gilt, wenn der Kündigungsschutz nur für diese Gruppe gelockert wird. Dann würden die beschäftigten jungen Angestellten, die am Arbeitsmarkt sowieso schon deutlich diskriminiert werden, noch mehr benachteiligt, da die Entlassungskosten relativ zu älteren Angestellten sinken und dadurch auch bei höherer Grenzproduktivität die oder der junge Angestellte entlassen werden würde.

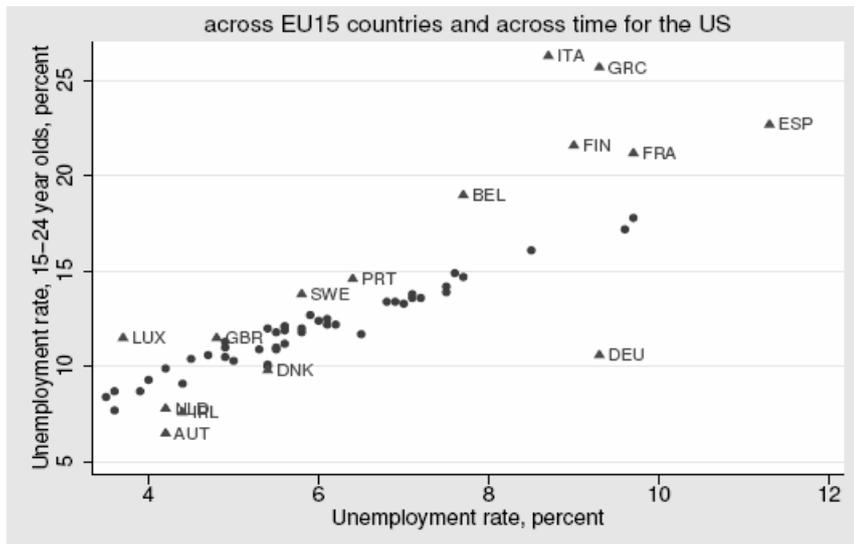
Was bedeutet CPE und CNE?

CNE: "Neueinstellungsvertrag" (Contrat Nouvelle Embauche). Dieser Arbeitsvertrag kann von den ArbeitgeberInnen ohne Begründung innerhalb einer Probezeit von zwei Jahren gekündigt werden. Er war bisher beschränkt auf Firmen mit weniger als 20 MitarbeiterInnen.

CPE: "Ersteinstellungsvertrag" (Contract Premier Embauche). Erweitert die Bestimmungen des CNE auf alle ArbeitnehmerInnen unter 26 Jahren.

Diese Daten lassen also keine generellen Aussagen über die Wirkungen des Kündigungsschutzes auf Arbeitslosigkeit zu. Betrachtet man dagegen die einzelnen Gruppen von ArbeitnehmerInnen nach Alter und Geschlecht getrennt, zeigt sich, dass junge ArbeitnehmerInnen und Frauen mittleren Alters von den negativen Auswirkungen des Kündigungsschutzes am stärksten betroffen sind. Dagegen profitieren Männer mittleren Alters von einem hohen Kündigungsschutz.

Viel spannender ist deswegen ein Blick auf andere Daten. Vergleicht man die Arbeitslosigkeit der jungen Beschäftigten mit der Arbeitslosigkeit insgesamt, zeigt sich ein von Kündigungsschutz völlig unabhängiges Bild: Die Jugend-



Zurück zu Frankreich

Am 10.4.2006 hat der Protest sein vordergründiges Ziel erreicht - Chirac und Villepin nehmen ihr umstrittenes Gesetz um den CPE zurück.

Doch ist damit etwas gewonnen?

Natürlich nicht. Die erschreckend hohe Jugendarbeitslosigkeit von 22% ist damit nicht aus der Welt und die Unzufriedenheit ob dieser Zustände besonders unter den eher schlecht ausgebildeten und damit verstärkt betroffenen Jugendlichen ist mehr als verständlich. Dem CEP muss trotzdem nicht nachgegeben werden und Frankreichs Jugend tut gut daran, sich dagegen aufzulehnen. Zwar hätte diese Gesetzesänderung vielleicht einen kurzfristigen kosmetischen Effekt auf die Jugendarbeitslosigkeit bewirkt, die strukturellen Probleme Frankreichs hätte sie aber auch nicht lösen können. Und der Preis, den die eh schon verunsicherte und benachteiligte

arbeitslosigkeit ist vor allem dann hoch, wenn die Arbeitslosigkeit insgesamt hoch ist. Diese triviale Aussage gilt für die USA, deren Daten in der unten stehenden Grafik über mehrere Perioden aufgetragen wurden (Punkte), genauso wie für Frankreich und die meisten anderen europäischen Länder. Frankreich sticht dabei in keiner Weise besonders heraus, es befindet sich eher auf einer Linie mit den USA. Der Kündigungsschutz kann also nicht für die besonders hohe Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich verantwortlich gemacht werden, vielmehr ist sie Ausdruck allgemeiner struktureller Probleme und der daraus resultierenden insgesamt hohen Arbeitslosigkeit.

direkt in die Arbeitswelt entlassen werden und sich dort die dringend benötigten Fähigkeiten selbst aneignen müssen, verfügt Österreich und Deutschland über ein breites und stark institutionalisiertes Ausbildungssystem, welches Jugendlichen den Übergang in den ersten Arbeitsmarkt sehr erleichtert und dafür sorgt, dass der Wirtschaft gut ausgebildeter Nachwuchs zur Verfügung steht. Die positiven Wirkungen dieses Ausbildungssystems sind nicht von der Hand zu weisen.

Zwei Länder lassen sich jedoch als Ausreißer im positiven Sinn in der Grafik erkennen: Österreich und Deutschland. Wie kommt es, dass diese beiden Länder einen so deutlich geringeren Anteil an Jugendarbeitslosigkeit haben?

Die Antwort liegt auf der Hand: Während in Frankreich junge Menschen nach der Schule





Jugendarbeitslosigkeit in der EU 2004 in Prozent

Polen	39,5
Frankreich	22,0
Finnland	20,7
EU 25	18,6
EU 15	16,6
Deutschland	15,1
Dänemark	8,0

ZEIT-Grafik/Quelle: Eurostat/einblick

Jugend in Frankreich hätte dafür zahlen müssen, wäre noch weniger Sicherheit. Bei einem solch einseitigen Abbau des Kündigungsschutzes würde der Turnover noch stärker auf Rücken der Jugend ausgetragen. Profitieren würden dagegen vor allem männliche Beschäftigte mittleren Alters.

Dringend benötigt wäre dagegen eine langfristige Perspektive. Eine Reformierung des Ausbildungssystems tut Not. Die Jugend braucht vor allem mehr Zugang zu Bildung und höhere Investitionen in Bildung, um den Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Hier wäre die Zusammenarbeit der

Wirtschaft mit der Politik gefragt. Leider rentieren sich solche Investitionen erst nach vielen Jahren und damit liegen sie meist außerhalb des Zeithorizonts der Politik.

Seine Ambitionen auf das Präsidentenamt hat Villepin jedenfalls im Zuge der Auseinandersetzungen um den CPE beerdigt. Er hätte es eigentlich besser wissen müssen, hat er doch bereits 2003 festgestellt: "Die Kraftprobe endet fast immer mit dem Sieg der Demonstranten, weil sie Bild und Ton auf ihrer Seiten haben und das zahlenmäßige Gewicht..." (Villepin, 2003).

Café Schildburg

Trotz weitreichender Bemühungen der gesamten koffeinabhängigen und -unabhängigen Basisgruppe ist das Projekt Café Schildburg entweder von der simultan stattfindenden Ineffizienzkampagne des vergangenen Semesters verdrängt worden oder auch nicht.

Wie auch immer, fürchte dich nicht!

Die lebenswert-soziophoben menschähnlichen Wesen an den Computern werden von Peter Rosner und Konrad Podczeck batteriebetrieben und in regelmäßigen Abständen gewartet. Also hilf auch du mit, den Lebensraum Schildburg zu gestalten und beteilige dich an den spannenden Diskussionen über die Grenze zwischen Pseudo-Ökonomie und Pseudo-Inverse.

Unser Angebot an dich: Formschöne Cafemaschine (Espresso) mit aufwendiger Holzverkleidung steht zur Selbstbedienung (und -reinigung) zur Verfügung. Und als Relikt einer Zeit, die noch nicht vom neoliberalen Imperativ geprägt war, sagen wir: Pay as you wish!

Komm vorbei und trink Cafe!!

Außerdem gibt es:





Die Kapitalismuskritik der Zapatisten

Die Zapatisten sind wieder on the road, haben eine Kampagne (la otra campaña) durch ganz Mexico begonnen. Ihr Ziel? Eine andere Welt in die alle Welten hineinpassen. Nach Möglichkeit ohne kapitalistische Produktionsweise oder zumindest ohne Neoliberalismus. Hier soll nicht die Kampagne dargestellt werden, sondern was die Zapatisten an der Marktwirtschaft stört. Um dies zu tun, muss der Autor manchmal schweren Herzens Dinge niederschreiben, denen er nicht inhaltlich zustimmt.

Eine kurze Vorbemerkung: Die Zapatisten kritisieren Kapitalismus vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die sie als Indígenas gemacht haben. Zentral ist dabei der Kampf um Boden und Wasser, den sie und ihre Vorfahren in den letzten 5 Jahrhunderten schon mehrfach verloren haben. Die letzte große Niederlage dieser Gruppen war eine Umsiedlung vom Gebirge in den Urwald in den 60ern. Insbesondere das Konzept von Eigentum an Grund und Boden ist inkompatibel mit ihrer Kultur die der Auffassung ist, dass der Boden für alle da ist und sein Ertrag dem [sic!] zusteht, der ihn bewirtschaftet.

Aber nun in medias res: In der sexta declaración (Teil 3) kann alles nachgelesen werden was ich hier zusammenschreibe, allerdings detaillierter. Die

Zapatisten sehen Kapitalismus als ein soziales System, das heißt eine Möglichkeit, wie Menschen ihr Zusammenleben organisieren können. Dabei, stellen sie fest, gibt es Kapitaleigentümer/innen die anschaffen und Besitzlose die ihre Arbeitskraft und ihr Geschick verkaufen und dafür einen kleinen Lohn erhalten, der ausreicht um zu überleben und sich zu regenerieren. Dabei ergeht der Vorwurf an die Besitzenden, dass sie besitzen weil sie viele Arbeitende (Besitzlose) ausbeuten. Diese müssen ihr Arbeits-, und Konsumverhalten nach den Interessen der Besitzenden ausrichten. Wer dies nicht tut hat (zu) wenige Ressourcen; wer dennoch den Anspruch erhebt konsumieren zu dürfen und

gegen die Ordnung rebelliert, muss mit gewalttätigen Sanktionen und Gefängnis rechnen.

Im Zentrum des ökonomischen Prozesses steht laut zapatistischer Darstellung also die Verwertung von Ressourcen, die Produktion von Waren und deren Verkauf auf Märkten, sowie das Erzielen von Gewinnen. Implizit würde ich meinen besteht da das Konzept von Ware als Gegenstand der nicht für den Eigenbedarf benötigt wird, sondern bereitgestellt wird um verkauft zu werden und Gewinn zu erzielen.¹ Dabei wird alle Produktion für den Eigenbedarf, bzw. gratis bereitgestellte Produktion/Arbeit wertlos und uninteressant für den Verwertungsprozess, nimmt also auch eine weniger geachtete Stellung ein.

Darüber hinaus ergibt sich aus dem Tausch Ware gegen Geld die Möglichkeit, die





Arbeitsbedingungen zu ignorieren und eventuelles Arbeitsleid auszublenden (wir freuen uns über den billigen Computer und fragen nicht nach).

Im letzten Schritt ihrer Analyse, identifiziert die *sexta* ein Streben nach Profitmaximierung und somit nach einer Vergrößerung des Handelsvolumens und der Märkte. Dieses impliziert dass Kapitalinteressen nach immer mehr und immer größeren Märkten streben müssen. In letzter Konsequenz muss der ganze Planet und seine Ressourcen zu einem einzigen großen Markt, bestehend aus handelbaren Waren werden, mit denen Profit generiert werden kann. Dabei, so die Deklaration, muss alles was nicht nach Marktprinzipien funktioniert, also inkompatibel ist, zerstört und neu aufgebaut, modernisiert, werden. Alles was anders ist, oder nicht in den Produktionsprozess eingebunden werden kann, muss daher verwertbar gemacht werden oder es wird verfolgt, verdrängt und notfalls attackiert und vernichtet. Indigenas, Nationen², Frauen, Lesben, Schwule und Transsexuelle werden in diesem Zusammenhang angeführt. Es soll eine Nation des Kapitals entstehen in der alles verwertbare Ware ist.

Entonces, como quien dice que resumiendo, el capitalismo de la globalización neoliberal se basa en la explotación, el despojo, el desprecio y la represión a los que no se dejan. O sea igual que antes, pero ahora globalizado, mundial.

Also, zusammenfassend kann man sagen, der Kapitalismus der neoliberalen Globalisierung basiert auf Ausbeutung, Enteignung, Verachtung, und Repression derer die sich ihm nicht überlassen. Anders gesagt, das gleiche wie früher, aber jetzt globalisiert, weltweit.

Für alle die nicht so ganz genau wissen wer die Zapatisten eigentlich sind:

-In den 80ern und 90ern: Mobilisierung in den verelendeten und unterversorgten indigenen Dörfern im äußersten Südwesten Mexicos.

-1.1.1994: 5000 bewaffnete Guerilleros erheben sich, erobern die gebirgige Hälfte des Bundesstaates Chiapas und treten an die Öffentlichkeit. Nach 12-tägigem Kampf (auf verlorenem Posten), setzt die Zivilgesellschaft Mexicos und internationaler Druck einen Waffenstillstand durch.

-1994-2001: laufend Verhandlungen, Verträge, Nicht-Einhaltung von Seiten der Regierung, Kampagnen, neue Verhandlungen etc., bis 2001 ein Gesetz zur Wahrung der Rechte der Indígenas ausverhandelt, aber ein anderes beschlossen wird. Die Zapatisten brechen die Verhandlungen ab und beginnen die ausverhandelten (Autonomie-)Verträge einseitig umzusetzen. Außerdem werden laufend viel beachtete Texte publiziert und es findet Interaktion mit anderen zivilen Bewegungen weltweit) statt.

-2001-2005: Aufbau einer, nach Eigendefinition, basisdemokratischen Selbstverwaltung in 5 Bezirken. Die mexikanischen Behörden werden umgangen oder ausgeschlossen was die Regierung toleriert.

-2005: Veröffentlichung der "Sexta Declaración de la Selva Lacandona" und Beginn der "otra campaña" zeitgleich mit den Wahlkampagnen der Präsidentschaftskandidaten.

-Mehr info:

1. sexta auf Deutsch:

<http://zestainternacional.ezln.org.mx/index.php?name=News&file=article&sid=60>

2. EZLN (englische Version auf page suchen...):

<http://www.ezln.org.mx/>

¹ Erklärungsansätze für die Motivation hinter dem Gewinnstreben der Besitzenden kann ich (trotz redlicher Bemühung) nicht herauslesen. Die wollen einfach so Gewinne erzielen.

² Ja leider, kann aus dem mexikanischen ein bisschen leichter verziehen werden, ist aber trotzdem so.



Das Kapitel endet aber nicht so depressiv sondern verweist auch auf die Globalisierung des Widerstandes. Um auch mal ein bisschen sentimental zu werden, nehme ich mir das Recht heraus den Text im Original stehen zu lassen:



Y en esta globalización de la rebeldía no sólo aparecen los trabajadores del campo y de la ciudad, sino que también aparecen otros y otras que mucho los persiguen y desprecian por lo mismo de que no se dejan dominar, como son las mujeres, los jóvenes, los indígenas, los homosexuales, lesbianas, transexuales, los migrantes, y muchos otros grupos que de por sí hay en todo el mundo pero que no vemos hasta que gritan que ya basta de que los desprecien, y se levantan, y pues ya los vemos, y los oímos, y los aprendemos.

Y entonces nosotros vemos que todos esos grupos de gente están luchando contra el neoliberalismo, o sea contra el plan de la globalización capitalista, y están luchando por la humanidad.

Y todo esto que vemos nos produce gran asombro por ver la estupidez de los neoliberales que quieren destruir toda la humanidad con sus guerras y explotaciones, pero también nos produce gran contento ver que donde quiera salen resistencias y rebeldías, así como la nuestra que es un poco pequeña pero aquí estamos. Y vemos todo esto en todo mundo y ya nuestro corazón aprende que no estamos solos.

Und in dieser Globalisierung der Rebellion kommen nicht nur die Land- und Stadtarbeiter vor, sondern auch andere Männer und Frauen, die aus dem gleichen Grund verfolgt und verachtet werden, weil sie sich nicht beherrschen lassen wollen, so wie die Frauen, die Jugendlichen, die Indigenas, die Homosexuellen, die Lesbierinnen, die Transsexuellen, die Migranten und viele andere Gruppen, die es sowieso auf der ganzen Welt gibt, aber die wir erst sehen, wenn sie „ya basta“ rufen, nämlich dass sie genug davon haben, verachtet zu werden, und sich erheben, und jetzt sehen wir sie und hören sie und verstehen sie.

Und wir sehen, dass all diese Gruppen von Menschen gegen den Neoliberalismus kämpfen, das heißt, gegen den Plan der kapitalistischen Globalisierung, und dass sie für die Menschlichkeit kämpfen.

Und bei allem, was wir sehen, sind wir sehr erstaunt über die Dummheit der Neoliberalisten, die mit ihren Kriegen und ihrer Ausbeutung die ganze Menschheit vernichten wollen, aber sind auch sehr glücklich zu sehen, dass es überall Widerstand und Rebellionen gibt, so wie unsere, die ein wenig klein ist, aber hier sind wir. Und das sehen wir auf der ganzen Welt, und unser Herz versteht, dass wir nicht alleine sind.



Macht und Ökonomie

Viele Studierende gehen für gewöhnlich in ihre ersten volkswirtschaftlichen Lehrveranstaltungen mit der festen Überzeugung, dass es in einer Wirtschaft mächtige und weniger mächtige TeilnehmerInnen gibt. Diese Grundüberzeugung verbunden mit moralischem Empfinden mag sogar die Grundlage für die eine oder den anderen gewesen sein, ein Studium der Ökonomie überhaupt erst in Betracht zu ziehen, geschweige denn zu selbigem eine dauerhafte Beziehung einzugehen.

Doch schon lauert die erste Verunsicherung auf die politisch engagierte StudentIn, und zwar in Form von folgendem Zitat von Adam Smith, dem Gründer der wissenschaftlichen Ökonomie:

*"A free commerce on a fair consideration must appear to be advantageous on both sides. We see that it must be so betwixt individuals, unless one of them to be a fool and the other makes a bargain plainly ruinous; but betwixt prudent men it must always be advantageous. For the very cause of the exchange must be that you need my goods more than I need them, and that I need yours more than you do yourself; and if the bargain be managed with ordinary prudence it must be profitable to both."*¹

Einen Schritt weiter geht dann die sich aus ähnlichen Gedanken wie dem Zitat von Adam

Smith abgeleitet verstehende Behauptung, es gäbe keine Macht auf Märkten. Denn wenn man einem Tausch nicht zustimmen muss, er also freiwillig ist, inwiefern können wir es dann überhaupt mit Machtphänomenen zu tun haben?

An dieser Stelle ist vor allem eines zu klären, nämlich was unter Macht überhaupt zu verstehen ist. Denn von Ökonomie als machtfreiem Raum zu sprechen, ist Folge der Anwendung eines bestimmten Machtbegriffes, die zur Analyse von Marktphänomenen letztlich nicht immer zielführend ist.

Es macht unter gewissen Gesichtspunkten wenig Sinn, Situationen als machtfrei zu bezeichnen, nur weil sie die Beibehaltung des Status quo erlauben, etwa indem einem Tausch einfach nicht zugestimmt wird. Denn trotzdem haben wir es in einem ebensolchen Fall mit einer Situation zu tun, in der verschiedene Akteure einander verschiedene Handlungsmöglichkeiten er- oder verunmöglichen.

Macht ist also in einem ersten Schritt, noch vor einer exklusiven Verwendung des Begriffes zur Analyse sozialer Verhältnisse, als Vermögen zu verstehen, auf die eigene Umgebung einzuwirken und sie zu gestalten. Dabei müssen natürlich die Eigenarten dieser Umgebung immer berücksichtigt werden. (Handelt es sich

dabei um unbelebte Natur, geschieht diese Berücksichtigung in Form der Erforschung der Naturgesetze sowie ihrer Miteinbeziehung bei der Planung der Erreichung der eigenen Ziele.) Wird dieses Einwirken streng zweckrational, mit einem bestimmten Ziel vor Augen durchgeführt und werden dabei die Eigenarten der (nicht nur unbelebten!) Umgebung lediglich als für die eigenen Zwecke zu berücksichtigende Parameter ohne eigenen Wert angesehen, können wir auch von Arbeit sprechen.



Egal ob wir es nun mit einem oder mehreren Lebewesen zu tun haben, die Vermögen, die Umwelt und somit auch die Vermögen der anderen Lebewesen zu gestalten, bestimmen sich sowohl in Abhängigkeit von der unbelebten Natur als auch wechselseitig. Es steht also beispielsweise das Beharrungsvermögen eines Steines gegen den Veränderungswillen einer ArbeiterIn. Oder es stehen die zwei unterschiedlichen Preisvorstellungen von AnbieterIn und NachfragerIn gegenüber.



Inwieweit macht es nun Sinn, von produktiver Macht zu sprechen und ein Mehr an Macht einzufordern?

Gemäß Max Webers berühmter Machtdefinition ist Macht "jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht"². Ein/e an mächtiger Stelle Befindliche/r, der/die in Abgrenzung zu Macht nach Weber wahrhaft den Willen der anderen respektiert, darf zum einen nicht Vermögen, also Entscheidungsmöglichkeiten einiger anderer gegen andere produzieren, da diese ja eben wieder nur gegen andere gerichtet sein können. Ein Mehr an Macht einzufordern macht so nur gegenüber unbelebter Natur Sinn. Vor allem aber strebt Macht gegenüber anderen Lebewesen, sobald sie emanzipatorisch verstanden den Willen der jeweils anderen berücksichtigen will, nach ihrer Abschaffung.

In gängigen ökonomischen Kategorien kann das Vermögen, die Umwelt im Rahmen von Markthandeln zu gestalten, in Form einer größeren oder kleineren Budgetgeraden ausgedrückt werden. Machtphänomene sind also von einer Erweiterung bzw. Verengung von Gestaltungsmöglichkeiten gekennzeichnet, diese sind allerdings wiederum Produkt der relationalen Stellung der Subjekte zueinander.

Ökonomisches Markthandeln breitet sich aber auch auf das aus, was eigentlich seine Vorbedingung sein sollte: Wenn zum Beispiel jemandem vorgeschlagen wird, sich einer gewis-

sen Geldmenge zu entledigen, damit sein/ihr Auto nicht zerstört wird, begeht er/sie natürlich zunächst einmal einen vorteilhaften Tausch. Wogegen man halten kann, hier werde aber Zerstörung angedroht, wogegen in der legalen Marktwirtschaft nur Pareto-Effizienz nicht gefährdende Anreize walten dürfen. Dem gegenüber könnte man aber das Eigentum am Auto so definieren, dass es eben nur für eine gewisse Zeit erworben war. Dieses Beispiel macht in einer Zeit der privaten Sicherheitsdienste durchaus Sinn: Wer nicht mehr in die Sicherheit seiner Güter investieren kann, kann eben auch nicht so viel Sicherheit genießen wie ein/e andere/r, die/der mehr für den Schutz seiner Besitztümer auszugeben in der Lage ist.

Auf einer konkreteren Ebene macht es in der Ökonomie wenig Sinn, Macht- und Effizienzklärungen in eine Opposition zueinander zu stellen:

Wenn etwa Oliver Williamson bei der Erklärung dafür, warum es in einer aus lauter NutzenmaximiererInnen bestehenden liberalen Marktwirtschaft überhaupt zu so etwas scheinbar irrationalen wie längerfristiger inhaltlich einseitig bestimmter Zusammenarbeit (anders gesagt: Firmen) kommt, versucht, Macht- von Effizienzargumenten zu trennen³, dann geht dies an einer Machtdefinition im obigen Sinne vorbei: Denn natürlich erhält sich die Macht nicht von selbst und das an einer bestimmten Position befindliche Individuum muss selbstverständlich handeln, um seine/ihre Macht zu erhalten oder zu erweitern.

Dieses Handeln ist aber von einem effizienten (im Sinne von zweckrationalem) Markthandeln nicht mehr sehr weit entfernt. Der einzige Unterschied liegt darin, dass das Markthandeln wie in der ökonomischen Theorie beschrieben, gewisse institutionelle Voraussetzungen benötigt und selbst nur in einem viel enger gesteckten Rahmen stattfindet, als Handeln durch die Intention des Machterhaltes per se definiert ist. So muss also nicht nur die mächtige MarktführerIn rational handeln, um ihre Marktmacht zu erhalten, sondern allgemein erfordert - geht man von einer Antizipier- und Planbarkeit sozialer Verhältnisse aus - Machterhalt oder -ausbau Zweckrationalität und somit einen Umgang miteinander, den ich weiter oben als Arbeit definiert habe. Genau dieser Umgang miteinander sollte aber, damit Menschen einander nicht bearbeiten, durch einen anderen die Macht überwindenden ersetzt werden.

¹Smith Adam: Lectures on Jurisprudence, (1762), Indianapolis: Liberty Press 1982, p. 390

²Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft (1921). Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck)1980, p. 28

³Cf. Williamson Oliver E.: Efficient Labour Organisation. In: Stephen Frank E.: Firms, Organisation and Labour. London: Macmillan 1984. pp. 87-118, p. 102



Neues vom Institut

Feministische Ökonomie

Dank des Engagements von FrauWL, der Frauengruppe der VWL auf der Uni Wien, wird, unter der Leitung von MMag.a Dr.in Gabriele Michalitsch, endlich eine Lehrveranstaltung zum Thema feministische Ökonomie angeboten. Die Lehrveranstaltung wird vermutlich im SS07 stattfinden.

Für Studentinnen, die sich für Politisches, Feministisches, ÖkonomInnen, Lesekreise, Feste... interessieren, sich selber einbringen oder einfach nur andere Nichtmänner kennenlernen möchten:

VrauWL@oeh.univie.ac.at

Dierker Nachfolge

Das Institut hat nun einen fertigen Vorschlag für die Mikroökonomie-Professur am Institut. Der Ball liegt nun beim, nicht allzu kooperativen, Rektorat. Die Reihung ist nicht offiziell zugänglich, aber soviel können wir sagen: Die Kandidaten, die wir wollten, sind so bereit wie wir wollten...

Prof. Nermuth

Mit großer Verwunderung nehmen wir zur Kenntnis das Prof. Nermuth doch der Forschung noch nicht ganz den Rücken zugewendet hat. Und so arbeitet er an einem Paper zum Thema "Strategic Equilibrium in an Asset Market with Variable Supply", das er auch im Rahmen des Economic Theory Seminars am IHS präsentiert hat.

Nachruf zum 1. Todestag



Erwin Weissel
Ao. Univ.-Prof. i.R. Dr.
verstorben am 9. Juli
2005

Mit ihm ging ein wunderbarer Mensch.

Ein Gedenken an großartige Lehrveranstaltungen abseits des Institutsmainstreams, welche vermisst werden.

Es gibt eine Festschrift für Erwin Weissel, herausgegeben von Josef Schmee:
'Politische Ökonomie, Macht und Arbeitnehmerinstitutionen im Kapitalismus'





Ab Wintersemester
06: Bakkelaureat VWL
an der Uni Wien

Persönliche Erreichbarkeit

In der SCHILDBURG

Dr. Karl-Lueger Ring 1, 1010 Wien
neben Stiege 7

Journaldienste:

Mo 10.00 - 12.00

Di 9.00 - 11.00

13.00 - 15.30

Mi 12.00 - 13.30

15.00 - 16.30

Tel: 4277-19 634

Fax: 4277-19 633



Erreichbarkeit und Infos

StV VWL

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl

Mail: vwl@gmx.at

Der Rote Börsenkrach

Web: www.univie.ac.at/strv-vwl/rbk

Mail: vwl@gmx.at

Der Name DER ROTE VWL an der WIN Fakultät, die älteste noch bestehende Basisgruppe der Uni Wien. Es gib Möglichkeiten für alle, die sich über das übliche Lehrangebot hinaus engagieren wollen, zum Plenum zu kommen und Ideen einzubringen.

I'm still not convinced!

**Plenumstermin:
Mittwoch 19h30-Schildburg**